Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 4 — Sonnabend, den 24. Januar 1925 — 29. Jahrgang

Zeichen der Zeit.

Wer von einer besonderen Warte aus als aufmerksamer Beobachter den inneren Betrieb in Deutschland verfolgt und schließlich an Hand der Zeitungen sich ein zusammenhängendes Bild von den täglichen Vorkommnissen machen will, der wird immer wieder zu der Ueberzeugung kommen, daß seit Jahren in Deutschland die Auffassung über Ordnung, Moral und Verantwortungsgefühl, Vernunft und Einsicht zum mindestens sehr locker geworden ist. Es kann auch ruhig eingestanden werden, daß es in der Tat damit nicht zum Besten bestellt ist. Man braucht nur auf die einzelnen Vorkommnisse auf den verschiedenen Gebieten zu verweisen. Allein schon die täglichen Verbrechen wie Mord, Totschlag, Raub und Ueberfall, deren Tatschilderungen in der Tagespresse, ebenso wie ihre gebrachten Prozeßberichte uns oft wegen ihrer Scheußlichkeit und menschlichen Verworfenheit die Haare zu Berge treiben, geben uns einen Beweis von der allgemeinen Lockerung. Nicht selten sind die Beweggründe zu all den menschlichen und unmenschlichen Geschehnissen die krasse leibliche Not und der reine persönlich-egoistische Erhaltungstrieb. Die Tagesblätter der Reichshauptstadt wimmeln in jeder Ausgabe von diesen häßlichen Begebenheiten aus den Niederungen, wo Arme und Reiche, Genies und Verbrecher so dicht beieinander wohnen. Ja, die Reichshauptstadt schlägt auf Grund der Menschenzusammenballung in ihren Mauern den Rekord auf diesem Gebiet. Dann erleben wir seit Monaten in immer schneller aufeinanderfolgender Reihe Landesverrats- und Landesfriedensbruchprozesse, in denen die Angehörigen des Arbeiterstandes ungeheuer verknackt werden, während andere Sterbliche in ähnlichen Fällen durchweg glimpflicher dabei wegkommen. Jeder Frechdachs, der verleumdet, aber aufs Hakenkreuz schwört, oder sonstwie nationalistisch verseucht ist, wird mit Glacehandschuhen angefaßt. In der Arbeiterschaft gewinnt dadurch die Auffassung immer mehr Oberhand, daß die Republik, ihre Einrichtungen, ihre äußeren Abzeichen für diese republikfeindlichen politischen Hanswürste vogelfrei ist. Denn wie bereits bemerkt, ist die Rechtsprechung durchaus nicht danach angetan, diese Leutchen eines besseren zu belehren und wie es dringend notwendig ist, sie zur Raison und zum Respekt zu erziehen. Die Auswirkungen dieser ebenfalls alltäglichen Erscheinungen sind in der sogenannten hohen Politik unschwer zu erkennen. — Dann zeigen uns die Finanz- und Korruptionsaffären der letzten Wochen zweifellos viel Fäulnis im Geld- und Geschäftemachen, die hoffentlich von den Gerichten restlos bloßgelegt wird. Nun sehen wir aber bei diesen erbärmlichen Vorkommnissen, daß sich jene am meisten darüber entrüsten, die am allermenigsten dazu berufen sind. Das sind nämlich die, die es ohne jede Gewissensskrupel mindestens ebenso gemacht hätten, wenn sie nur die Gelegenheit und das Geschick dazu hätten. Wir entschuldigen damit etwa keineswegs diese empörenden Vorgänge, sondern wollen nur so nebenbei auf die Pharisäer hinweisen, deren Entrüstung verflucht unecht ist und die durchaus nicht auf untadeliger Moral beruht. Eine ganz besondere Sorte von ihnen will sogar aus Anlaß dieser Korruptions-Erscheinungen — politische Geschäfte machen! O! ihr Leutchen, wie würde es wohl zum Himmel stinken, wenn es möglich wäre, in alle die unreellen und habgierigen Geschäfte hineinzuleuchten, die in Kriegs-, Vor- und Nachkriegsjahren im großen wie im kleinen gemacht wurden. Wir glauben sogar, daß bei dieser Möglichkeit verschiedene von den jetzt so entrüstet Fauchenden dann recht kleinlaut werden und auf alle Fälle versuchen würden, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen. Die Moral, das Scham- und das Verantwortungsgefühl der Volksgesamtheit gegenüber ist nicht erst jetzt auf dem Gebiet der persönlichen Bereicherung so stumpf geworden. Das war schon früher; nur hat es jetzt weitere Kreise ergriffen. Es wird noch gewaltiger Willensanstrengung des Gesamtvolkes in allen seinen maßgebenden Instanzen bedürfen, um die sich breit machenden Auswüchse dauernd beseitigen zu können. Aber darüber wollen wir uns klar sein, daß der Nährboden für alle diese volksschädigenden und -ausbeutenden Erscheinungen nur die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist. Sie gestattet bekanntlich dem einzelnen nur ein lebenswertes Leben, wenn er möglichst „viel" sein Eigentum nennt. Und Eigentum im kapitalistischen Sinn? Das zu erwerben ist wiederum nur möglich auf Kosten anderer, die entweder geschäftlich übervorteilt werden, oder die sich im Arbeitsverhältnis mit knappem Lohn für andere abrackern müssen. Sie müssen es, um leben zu können; Stunde um Stunde, Tag für Tag; jahrelang, bis die Körperkräfte versagen.

Neben all den vorstehend gekennzeichneten niederdrückenden Erscheinungen im deutschen öffentlichen und nichtöffentlichen Getriebe laufen noch viele andere, sie haben fast immer ihren Ausgang im Verbrechen, Landesverrat, Korruption und kapitalistischer Politik, oder auch, sie münden letzten Endes in den vorstehend genannten unsauberen Kanälen der gegenwärtigen Menschengemeinschaft. Nach außen hin, auch über unsere Landesgrenzen hinaus, muß es wirken, als sei in Deutschland alles außer Rand und Band und jeder handle nach seinem Gusto. Es genügt nun nicht, für diese Zustände die Kriegs- und folgenden Jahre verantwortlich zu machen. Gewiß haben sie ebenso wie der verlorene Krieg manche Anschauung, manche Sitte und manche — Zunge gelockert, was im monarchistischen Staat nur im Verborgenen probiert wurde. Unbestritten hat aber diese monarchistische Periode der „Volkserziehung und -aufklärung" zu all den bedenklichen Vorkommnissen der Jetztzeit den Keim gelegt. Wer das ableugnet, ist schon früher mit einer Binde vor den Augen herumgelaufen. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" hat sogar noch ein besseres Argument für die Lockerung des ganzen Gefüges, nämlich: Sozialismus, sozialistische Wirtschaft! Das ist natürlich eine Demagogie, mit der ernstlich nicht diskutiert werden kann. Wenn man die politische Niederhaltung des Volkes vor dem Kriege, die Zwangswirtschaft während des Krieges, die grenzenlose Not der Nachkriegsjahre und das eigensüchtige Streben der alten und neuen Kapitalisten als — Sozialismus ansieht, dann mag die „Deutsche Arbeigeberzeitung" für sich recht behalten, doch außer ihr und ihren Anhängern wird es im In- und Auslande keinen vernünftigen Menschen geben, dem ihre demagogische Beweisführung als richtig erscheint. Denn fast alles, was wir heute an bedauerlichen Vorgängen in Deutschland sehen, kommt mit auf das Konto derer, die immer und bei jeder Gelegenheit den Sozialismus als Popanz zur Abschreckung und zum Bangemachen hinstellen und sich wohl hüten, ihren persönlichen Teil im Gemeinschaftssinn zur Gesundung beizutragen. Wir müssen bei dieser Gelegenheit erneut fragen: Wo waren denn alle diese jetzt so klugen Leute, als es in Deutschland wirtschaftlich und politisch noch mehr drunter und drüber ging? Wo war ihre Klugheit während der Inflation? Und wo waren sie, als die Arbeitslosigkeit in Deutschland so erschreckende Form annahm? Sie haben verbissen und horchend abseits gestanden! Nur auf ihre Kassenbücher und -schränke gestarrt; Genörgelt und kritisiert! Haben dem Staat das Leben schwer gemacht und aufgeschrien, wenn Steuern kamen! Sie haben jeden in Amt und Würden, der nicht ihrer Sippe entstammte oder angehörte, mit Bosheit, Hohn und Dreck bespritzt! Tun es heute noch! Das eigensüchtige Bestreben, was ihnen angeboren oder anerzogen worden ist, haben sie jedem andern unterstellt, der nur verdächtig war, sozialistische Gedanken zu haben oder der im idealen Volksgemeinschaftsgedanken für die Gesamtheit arbeitete. Die klugen Leute vom Schlage der Deutschen Arbeitgeberzeitung mögen nur zurückhalten und bescheidener auftreten, sie hatten schon früher viel auf dem Gewissen, wo es für sie galt, die Alleinherrschaft zu halten, und sie haben heute ebenfalls ein gerüttelt volles Maß Schuld an der politischen Unreife des Volkes, sie züchten mit ihrem demagogischen Geschreibsel die politischen Hanswürste, die von der Vergangenheit nichts wissen und die dem Volke weismachen wollen, daß die monarchistische Staatseinrichtung flankiert vom Polizei- und Militärstock so herrlich war. Gegen dieses Treiben hat das arbeitende Volk auf der Hut zu sein, es muß sich in Abwehr und Angriff immer enger zusammenfinden in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation.

Jawohl! Das arbeitende Volk hat durchaus auf der Hut zu sein! Denn ein Vorgang in der letzten Woche kann als Signal aufgefaßt werden: die Bildung der Regierung der deutschen Republik! Wir sagten schon eingangs, daß Vernunft und Einsicht fehlt und dachten dabei besonders an die politischen Vorgänge der letzten Jahre, an das Auf und Ab in der Volksgunst bei der politischen Stimmenabgabe. Alles tatkräftige Ringen auf diesem Gebiet seit über einem Jahre hat nun doch den Rechtsparteien Erfolg gebracht. Die Regierung wurde endlich gebildet mit der Frontnach links! Darüber gibt es wohl keine Täuschung? Ein Signal für alle Arbeiter zum ernstlichen Nachdenken, für jeden, der mit den Fäusten seinen Lebensunterhalt erwirbt. Die Gegner der Arbeiterbewegung frohlocken! Sorgen wir Steinarbeiter aller Gruppen dafür, daß dieses Warnungssignal von jedem beachtet wird. Für die Kollegenschaft wie für die Gesamtarbeiterschaft heißt es: Hinein in die Organisationen, die Kollegen geschult! Damit nicht eventuelle Ueberraschungen uns unvorbereitet an Geist und Willen antreffen. Die Zukunft gehört der Arbeit und ihren Trägern, erst dann kann gründlich aufgeräumt werden mit der volksschädigenden Lockerung des Gemeinsinns. Kollegen, versteht die Zeichen der Zeit!

Die Arbeitsgerichte und ihre Zuständigkeit für Arbeitsstreitigkeiten.

Die soziale Lage der Arbeiter sowie ihre Stellung im wirtschaftlichen Leben erfordert eine klare, übersichtliche, einheitliche und leicht verständliche Rechtslage sowie für die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis eine schnelle, einfache und billige Rechtsprechung. Beides ist in zufriedenstellender und den vorhandenen Bedürfnissen entsprechender Weise nur auf der Grundlage eines einheitlichen Arbeitsrechts zu erreichen. Die deutsche Reichsverfassung erkennt das an, indem sie in Artikel 157 Abs. 2 festlegt: Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht. Für die Lösung dieser Aufgabe kommt nicht nur das materielle Arbeitsrecht, sondern zugleich die Schaffung eines entsprechenden einheitlichen Rechtsschutzes in Betracht. Bis die hierfür ausgearbeiteten und noch vorzubereitenden Entwürfe jedoch Gesetz werden, dürfte noch geraume Zeit vergehen. Die Reichsregierung hat bekanntlich den Versuch unternommen, die Frage des einheitlichen Rechtsschutzes vorweg zu regeln. Der von ihr hierzu veröffentlichte Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes scheiterte daran, daß über die Organisation der Arbeitsgerichte keine Einigung zu erzielen war. Um wenigstens den dringendsten Bedürfnissen zu entsprechen, sah sie sich zu einer provisorischen Regelung veranlaßt. Wie immer in solchen Fällen ist diese Regelung nur Stückwerk, das nicht befriedigt und es den Arbeitern schwer macht, sich in den bestehenden Vorschriften zurecht zu finden. Die an der Verordnung seinerzeit vorgenommenen kritischen Beanstandungen sind durch ihre nun ein Jahr dauernde praktische Anwendung hinlänglich bestätigt worden.

Nicht zu bestreiten ist, daß die Neuregelung der Arbeitsgerichtsbarkeit insofern Vorteile brachte, als die Zahl der vorher für Arbeitsstreitigkeiten zuständigen Gerichte — Gewerbegericht, Kaufmannsgericht, Amtsgericht, Landgericht, Innungsschiedsgericht und Berggericht — eine starke Verminderung erfuhr. Arbeitsgerichte erster Instanz sind nur noch die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und in Orten, wo solche nicht bestehen, der zuständige Schlichtungsausschuß. Durch die Uebertragung der arbeitsgerichtlichen Aufgaben an die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte haben diese in ihrer Einrichtung keine Aenderung erfahren. Da jedoch ihre Zuständigkeit wesentlich erweitert wurde, kann bei ihnen die Bildung besonderer Fachkammern notwendig werden. Eine Ausnahme ist nur für die am Sitze einer Reichsbahndirektion bestehenden Gewerbegerichte für Streitigkeiten zwischen der Reichsbahnverwaltung und ihren Arbeitnehmern vorgesehen, deren Zuständigkeit sich für diese Streitigkeiten auf den ganzen Bezirk der Reichsbahndirektion erstreckt. Hingegen sind die früher für die Beilegung von Streitigkeiten bestandenen Sonderschlichtungsstellen durch diese Regelung in Wegfall gekommen. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte entscheiden die vor ihr Forum gebrachten arbeitsrechtlichen Streitigkeiten in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern — je einen Arbeitgeber und Arbeitnehmer — unter Mitwirkung eines Gerichtsschreibers. Ihre Zuständigkeit ist durch den Bezirk begrenzt, für den sie errichtet sind. Dieser kann eine oder mehrere Gemeinden umfassen; der Umfang ist durch Statut festgelegt.

Für die Entscheidung von arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten durch die Schlichtungsausschüsse kann die oberste Landesbehörde die Errichtung von Fachkammern bestimmen. Diese arbeitsgerichtlichen Kammern können auch ihren Sitz an Orten haben, an denen Gewerbe- oder Kaufmannsgerichte oder ein Schlichtungsausschuß bestehen. Wo das der Fall ist, erstreckt sich aber ihr Zuständigkeitsbereich nur auf diejenigen Orte, die nicht der Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unterliegen. Eine wahlweise Inanspruchnahme des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts oder der Schlichtungsausschußkammer durch die an der Streitigkeit Beteiligten ist also ausgeschlossen. In der Regel werden die arbeitsgerichtlichen Kammern des Schlichtungsausschusses aber ihren Sitz in solchen Orten haben, wo Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht bestehen. Die Besetzung der Kammern ist die gleiche wie bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, die Zuziehung der Beisitzer erfolgt in der Reihenfolge einer am Anfang des Geschäftsjahres von der obersten Landesbehörde aufzustellenden Liste.

Die Arbeitsgerichte sind für alle arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten zuständig, wie sie bisher von den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten entschieden wurden, und zwar für alle Arbeitnehmer. In Orten, für die Gewerbegerichte errichtet sind, haben diese zu entscheiden, auch in Streitigkeiten kaufmännischer Angestellter, soweit kein Kaufmannsgericht vorhanden ist. Sie entscheiden aber auch dann, wenn kaufmännische Angestellte mit gewerblichen Arbeitern gemeinsam an einem Streit beteiligt sind. Ferner sind der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte die nach Artikel II § 1 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 in Betracht kommenden Streifälle überwiesen, für deren Entscheidung bis dahin die Schlichtungsausschüsse an Stelle der noch nicht errichteten Bezirkswirtschaftsräte zuständig waren. Sie haben hier die Entscheidung über:

1. Den Einspruch des Gruppenrats wegen behaupteten Verstoßes des Arbeitgebers gegen die für Einstellung von Arbeitnehmern vereinbarten Richtlinien (§§ 78 Ziff. 8, 81, 82, 83, 90 Betriebsrätegesetzes).
2. Den Einspruch eines Arbeitnehmers gegen seine Kündigung (§§ 84 bis 90 BRG.).
3. Streitigkeiten aus § 8, 18, 19 der vorläufigen Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919.
4. Verstöße gegen das Verbot, Versorgungsgebührnisse Arbeitnehmern auf Lohn und Gehalt anzurechnen (§ 90 des Reichsversorgungsgesetzes).
5. Den Antrag des Arbeitgebers oder mindestens eines Viertels der Arbeitnehmerschaft auf Aufhebung der Mitgliederschaft von Angehörigen des Betriebsrats, Gruppenrats oder Auflösung des ganzen Betriebsrates, Gesamtbetriebsrates oder Gruppenrats wegen gröblicher Pflichtverletzung. (§§ 39 Abs. 2, 41, 44 Abs. 1, 56 Abs. 1 in Verbindung mit 39, 41, § 60 in Verbindung mit § 39 BRG.).
6. Berufung eines vorläufigen Betriebsrats, Gesamtbetriebsrats, Gruppenrats oder Betriebsobmanns im Falle der Auflösung der Betriebsvertretung oder Absetzung des Obmanns wegen Pflichtverletzung (§§ 43 Abs. 2, 44 Abs. 4, § 56 Abs. 2 in Verbindung mit § 43, § 60 in Verbindung mit § 43 BRG.).
7. Anträge betreffend Ablösung eines Gesamtbetriebsrats durch gemeinsame Betriebsräte oder Auflösung des gemeinsamen Betriebsrats (§ 52 Abs. 1, 2, § 53 in Verbindung mit § 52 BRG.).
8. Festsetzung von Strafen aus der Arbeitsordnung (§ 80 Abs. 2 BRG.).
9. Streitigkeiten aus § 93 BRG. über die Notwendigkeit der Errichtung, Bildung und Zusammensetzung einer Betriebsvertretung, die Wahlberechtigung oder Wählbarkeit eines Arbeitnehmers zur Betriebsvertretung, die Einrichtung, Zuständigkeit und Geschäftsführung der Betriebsvertretungen und Betriebsversammlungen, die Notwendigkeit von Geschäftsführungskosten der Betriebsvertretungen sowie über Differenzen, die sich aus den Wahlen nach dem Betriebsrätegesetz ergeben.
10. Den Antrag auf Ersetzung der Zustimmung der Betriebsvertretung zur Kündigung eines Mitglieds derselben oder der Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer zur Kündigung des Betriebsobmanns (§§ 97, 98 BRG.).

In allen aufgezählten Fällen ist die Entscheidung des Arbeitsgerichts endgültig, eine Berufung also nicht zulässig. Die Entscheidung der Streitfälle Ziffer 5—10 erfolgt im Beschlußverfahren, in allen übrigen Fällen durch Urteil. Für die Zuerkennung von Bußen an private Arbeitgeber wegen Verstoßes gegen die Vorschriften des Schwerbeschädigtengesetzes vom 12. Januar 1923 sind nicht die Arbeitsgerichte, sondern nach wie vor die Schöffengerichte zuständig. In allen Fällen, die durch Urteilsverfahren zur Erledigung gelangen, gelten für die örtliche Zuständigkeit des Arbeitsgerichts die Vorschriften des Gewerbegerichtsgesetzes. Hiernach ist für eine Klageerhebung zuständig dasjenige Arbeitsgericht, in dessen Bezirk die streitige Verpflichtung zu erfüllen ist oder sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befindet, oder beide Parteien ihren Wohnsitz haben. Dagegen ist für die Fälle des Beschlußverfahrens nur das Arbeitsgericht zuständig, in dessen Bezirk der Ort liegt, an dem die Betriebsvertretung die Geschäfte führt oder führen soll. Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß trotz der mit Schaffung der Arbeitsgerichte erfolgten Vereinfachung das arbeitsgerichtliche Verfahren noch reichlich kompliziert ist und bei weitem nicht dem entspricht, was von den Arbeitern verlangt werden kann: ein einfacher, klarer Rechtsweg!

Mtt.

Spinnrad und Kette.

Zwei fremde Weltteile, Indien und Amerika, verkünden uns ihre Botschaften — Indien das Spinnrad, Amerika die Kette.

Auf dem Kongreß der indischen Nationalen Partei, die für die Selbstverwaltung Indiens kämpft, wurde der Vorschlag Ghandis, des Führers der Partei, angenommen, demzufolge jedes Mitglied der mehrere Millionen Mitglieder zählenden Partei verpflichtet ist, monatlich 2000 Yards Garn zu spinnen. Das Stimmrecht auf dem Kongreß ist an die Erfüllung dieser Verpflichtung gebunden.

Klingt dieser Beschluß nicht wie eine naive Zumutung des wirklichkeitsfremden religiösen Führers, als der Ghandi auch in seinem eigenen Land vielfach betrachtet wird? Ghandi ist ein großer, ein heiliger Mensch — macht er sich aber mit der Heranziehung des Spinnrades im Zeitalter der hochentwickelten Maschinen nicht lächerlich? In ähnlichem Sinne wurde er auch auf dem allindischen Kongreß angegriffen. Und dennoch verdient das Spinnrad Ghandis, das in Millionen Wohnungen aufgestellt und betrieben werden soll, die nähere Betrachtung und die Vertiefung in die Probleme, die er uns aufgibt.

Im Vordergrund stehen politische Erwägungen der indischen nationalen Bewegung und wirtschaftliche Gesichtspunkte. Politisch soll das Spinnrad den Boykott der englischen Textilwaren ermöglichen. Von dem durch den Boykott verursachten Druck erhofft man, daß der Widerstand Englands gebrochen und die Selbstverwaltung gewährt wird. Wirtschaftlich aber soll das Spinnrad den vielen Millionen Bauern — die überwiegende Mehrzahl der indischen Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft — während der Winterzeit Beschäftigung verschaffen. Darüber hinaus

hält Ghandi die Textileinfuhr aus England für unsittlich, da sie Millionen indischer Bauern zugrundegerichtet hat. Der indische Bauer muß einen großen Teil seiner Produkte nach dem Ausland, vor allem nach England, ausführen, um dafür Industrieartikel, insbesondere Textilwaren, zu kaufen. Da aber die indische Ernte aus natürlichen und andern Gründen oft sehr schlecht ausfällt, so ist in Indien die Hungersnot an der Tagesordnung. Das Spinnrad soll daher den indischen Bauern dazu verhelfen, auf die englischen Textilwaren verzichten und die dürftige Ernte im eigenen Lande behalten zu können. Soweit hat diese Frage nur für Indien und für England Bedeutung. Allerdings würde sich im Falle des Erfolges des indischen Boykotts die englische Textilindustrie bemühen, ihre Waren anderswo unterzubringen, was zur Verschärfung der Konkurrenz am Weltmarkt führen würde. Dies aber ist nur eine ferne Möglichkeit.

Indessen birgt das Spinnrad Ghandis auch allgemeine Probleme in sich, die nicht unmittelbar zu lösen sind und sich einer kontreten Beantwortung entziehen. Dennoch ist es lehrreich, sie wenigstens anzudeuten.

Das Nächstliegende wäre die Frage: ist auf die Dauer eine Arbeitsteilung zwischen Völkern, die rein von der Landwirtschaft leben und anderen, die ihnen im Austausch gegen landwirtschaftliche Produkte Industrieartikel liefern, möglich? Ist die Industrialisierung der bisher reinen Agrarländer, die wir seit dem Krieg überall beobachten können, eine künstliche, nur durch den Krieg hervorgerufene, oder aber eine naturnotwendige Erscheinung? Kann zum Beispiel die indische Landwirtschaft durch Berieselung usw. (die Entwicklung einer landwirtschaftlichen Industrie inbegriffen) nicht so ertragreich gemacht werden, daß eine Industrie aus Not nicht nötig ist, da der Boden sowohl die Beschäftigung wie den Lebensunterhalt der Bevölkerung sichert. Wir möchten jedoch bei dieser Frage nicht verweilen. Ghandi selbst stellt die Frage anders. Mit dem Spinnrad redet er nicht der Schaffung einer Industrie das Wort. Im Gegenteil — er will dadurch der Fabrik, welche die gegenwärtige Form der industriellen Betätigung darstellt, ausschalten. Ghandi ist ein glühender Feind der Fabrik, die für ihn die Stätte des Greuels, der freudlosen, eintönigen Sklavenarbeit ist. Die schaurigen Bilder des indischen Frühkapitalismus mit seinem unmenschlichen Ausbeutungssystem, langer Arbeitszeit, geringer Entlohnung, Ausbeutung der Kinder und Jugendlichen, dürften Ghandi beeinflußt haben. Dieselben Fragen werden jedoch, wenn auch in anderer Form, auch in Europa immer öfter diskutiert und harren der Beantwortung. Auch bei uns mehren sich die Stimmen gegen das „seelenlose" System der Fabrikarbeit, welche die wirkliche Arbeitsfreude nicht aufkommen läßt, die Körper und Seelen der Arbeiter frühzeitig tötet. Pläne werden uns unterbreitet, zuweilen recht beherzigenswerte Pläne, wie man die Fabrikarbeit loswerden könnte. Wir möchten nur auf die Arbeiten von Professor Rosenstock: „Werkstattaussiedelung" und andere, unter anderem arbeitspsychologische Studien über Gruppenarbeit, hinweisen. Die Abschaffung, oder besser Einschränkung der Fabrikarbeit, müßte aber mit der freiwilligen Herabsetzung der Bedürfnisse, mit der Vereinfachung der ganzen Lebenshaltung, einhergehen. In der Tat predigt Ghandi die Notwendigkeit der Rückkehr zu einfachen Lebensformen. Er tut dies aus religiöser Ueberzeugung. Könnte aber das europäische Proletariat, über dessen „verdammte Bedürfnislosigkeit" Lassalle sich beklagte, sich noch weiter einschränken? Und selbst wenn der Wille hierzu vorhanden wäre, würden nicht diese Absichten an einem anderen Umstand scheitern, an der Bevölkerungsvermehrung? In der Industrie gilt ebenso wie in der Landwirtschaft das Gesetz des abnehmenden Ertrages: durch vermehrte Einstellung von Kapital und Arbeit wird der Ertrag der Produktion nach Erreichung einer gewissen Grenze nicht mehr in dem gleichen Verhältnis wachsen; es wird dann bei wachsender Bevölkerung weniger erzeugt, als notwendig wäre, um diese auf dem alten Lebensstand zu erhalten. Nur großartige Fortschritte der Technik können da helfen und die Grenzen immer weiter hinausschieben. Diese können aber nur bei Massenproduktion, die nur in den Fabriken geleistet werden kann, zur Geltung kommen. Zu ähnlichen Schlüssen gelangte die englische Kommission der Gewerkschaften und der Labour Party der die besten Köpfe des gegenwärtigen Englands, wie Sidney Webb, W. Graham, J. A. Hobson, angehören. Sie schreiben in ihrem Bericht, der unter dem Titel: „Die Vergeudung im Kapitalismus", erschien: „Die Erhöhung des Produktionsertrags, die angesichts der dauernden Bevölkerungsvermehrung unerläßlich ist, wenn die Bevölkerung auskömmlich versorgt werden soll, kann nur durch den Großbetrieb, durch die Vergrößerung der Maschinenausrüstung usw. erreicht werden." Und an anderer Stelle zieht die Kommission daraus die Folgerung: „Die Maschinen werden bleiben, dies ist unvermeidlich. Auch wird bleiben die Eintönigkeit und die Arbeitsermüdung. Hier gilt es manches zu verbessern, den Tatsachen selbst kann man nicht abhelfen. Nur möglichst viel freie Zeit außerhalb der Arbeit und die gute Ausnützung derselben kann ein Gegengewicht schaffen."

Die Kette — ihr amerikanischer Name ist „conveyor" — kann die oben dargestellte Entwicklung versinnbildlichen. Die Kette, welche aus der Beschreibung der Automobilfabriken Henry Fords auch bei uns bekannt ist, die aber nicht nur in den Betrieben Fords, sondern auch in sehr vielen andern amerikanischen Betrieben verwendet wird. Die Kette bringt das große Wunder fertig: das Material kommt auf der einen Seite herein, und auf der andern Seite geht das Fabrikat hinaus. Die Arbeiter, die der Kette entlang aufgereiht stehen, wiederholen jeder an dem auf der Kette in gleichen Zeitabständen an ihm vorbeigeführten Gegenstand immer den gleichen Handgriff. Ueber die Wirkung der Kette auf die Arbeiter wird viel gestritten. Es gibt begeisterte Anhänger der Kette, die, wie Professor Gottl von Ottlilienfeld, der Meinung sind, daß die Kette einen für die Arbeiter angenehmen Arbeitsrhythmus herstellt. Andre sagen, die Kette sei nicht die Dienerin, sondern der Sklavenvogt der Arbeiter. Im Lichte der arbeitspsychologischen Forschung kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß das Arbeiten vor der Kette eintönig und geistig anstrengend ist, da es eine nicht geringe Anspannung der Aufmerksamkeit erfordert, um sich der immer wiederholenden Bewegung anzupassen.

Mit Kette oder ohne Kette — das hier entworfene Zukunftsbild des Schicksals des Industriearbeiters ist keineswegs rosig. Er bleibt dazu verurteilt, eintönige und ermüdende Arbeit zu verrichten. Angesichts dieser Erwartung erhöht sich die Wichtigkeit der kürzeren Arbeitszeit, die das Leben des Arbeiters außerhalb des Betriebes erträglich macht und ein anderes Moment, dem im erwähnten Bericht der englischen Kommission besondere Bedeutung beigemessen ist: die industrielle Demokratisierung, die Selbstverwaltung der Arbeiter. Dies allein, die aktive und verantwortliche Teilnahme der Arbeiter an der Leitung und der Kontrolle der Produktion, kann gegenüber der Eintönigkeit des Betriebes, in dem er jetzt ein winziges Rädchen ist, das seelische Gegengewicht schaffen. „Keine Lösung wird", so heißt es im englischen Bericht, — „zufriedenstellend sein, die den Arbeitern nicht die wirkliche Kontrollmacht über sämtliche Faktoren der Produktion gewährt."

A. H.

Betriebsrätefragen.

Zu den Betriebsräteneuwahlen 1925 und kommunistischen Querreibereien schreibt die „Gewerkschaftszeitung" in ihrer Nr. 1:

Die kommunistische Partei Deutschlands ist, durch den Beruf ihrer Leiter, russische Außenpolitik machen zu müssen oft in der unangenehmen Lage, Maßnahmen zu ergreifen, welche sich nicht unmittelbar aus der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung ergeben. Den Arbeitern in Deutschland ihr Los zu erleichtern, betrachten die Kommunisten nicht als ihre Aufgabe, deshalb müssen die Anhänger mit Parolen über die innere Leere der Bewegung hinweggetäuscht werden. Diese Parolen sind aber so zahlreich, daß die Einzelwirkung immer geringer wird und daher ist es für die Kommunisten ein beliebtes Mittel, immer dann, wenn der Stoff gerade ausgegangen ist, die Betriebsräte zum Ausfüllen des leeren Raumes zu benutzen. Daraus erklärt es sich, daß bei den Kommunisten die Betriebsräte abwechselnd in der Versenkung auftauchen und sowie eine neue Parole gefunden ist, wieder verschwinden. Mit praktischer Arbeit hat dieses Spiel, verwechselt, verwechselt das Bäumchen, nicht das geringste zu tun. Daß die Betriebsrätebewegung aber dadurch schwer geschädigt wird und die Arbeiterrechte in dauernde Gefahr geraten, stört die Kommunisten nicht oder ist ihnen gerade recht, denn Nacht muß es sein, wenn ihre Sterne leuchten.

Jetzt sind bei der KPD. wieder einmal die Betriebsräte Trumpf. Seit einiger Zeit schon weist die kommunistische Presse auf die Betriebsräteneuwahlen hin. Ausgerechnet am 24. Dezember bringt nun das Zentralorgan Die rote Fahne einen ganzseitigen Aufruf: Schafft die rote Front in den Betrieben und Gewerkschaften! Wählt nur revolutionäre Betriebsräte.

Alljährlich im Monat März/April führen die Gewerkschaften die Betriebsräteneuwahlen durch. Auch im Jahre 1925 wird dies in gleicher Weise geschehen. Die Sache ist gar nicht so brandeilig. Aber nach dem großen Reinfall bei den Reichstagswahlen braucht die KPD. Ablenkung und dazu ist dieser verantwortungslosen Partei alles recht. Deshalb wird jetzt der Kampf in die Betriebe getragen. „Von diesem Kampf, nicht von irgendwelchen Parlamentswahlen hängt das Schicksal der Arbeiterschaft ab." Dieser Meinung sind die Gewerkschaften nicht, sondern sie werden sich gegen die, welche eine solche Auffassung vertreten, mit aller Energie wenden. Wir sind keine Heuhüpfer, die mal hierhin und mal dorthin hüpfen. Wenn den Gewerkschaften eine Sache einmal nicht gelingt, dann wird nicht anschließend gleich das Gegenteil getan, sondern es geht weiter auf dem für richtig gehaltenen Wege. Wir versuchen es auch weiterhin mit dem Parlament und mit der Aufklärung über seine Bedeutung. Nur hat das alles mit den Betriebsräten nichts zu tun.

„Sieg oder weitere Versklavung der arbeitenden Massen hängen davon ab, daß endlich die Arbeiter aus den Betrieben und Kontoren sich eng zusammenschließen zu einer einheitlichen Kampf-

Das Proletariat.

Von Max Dortu.

Ich bin das Proletariat. Meine Hände sind groß wie Schaufeln. Mein Antlitz ist alt und runig wie die Felsenwand. Mein Herz aber ist heiß und rot, rot und heiß ist mein Herz wie das Herz des furchtbaren Erdgeistes.

Sie haben mich viel gelästert, meine Feinde, die Reichen. Sie haben mich geschunden und gevierteilt zu allen Zeiten. Mit allen Zungen der Welt haben sie mich verleumdet. Manchmal wohl donnerte auf mein Zorn, dann zitterten die alten Gesellschaftsformen.

Ich bin das Proletariat. Ich wachse auf wie ein Riese. Ich bin wie der Baum des Lebens, süße und schöne Früchte hängen an meinen hunderttausend Astarmen. In meinem Blattgefieder zwitschern die Vöglein der Kunst und die Vöglein der Wissenschaft.

Ich bin das Proletariat. Meine Beine durchwaten die Meere. Ich bin wie die Brücke, verbindend Kontinent zu Kontinent.

Ich bin aber auch ganz klein. Ich, das Proletariat, bin wie ein Kind, unselbständig, gedankenzerrissen, ich spiele mit Ideen, anstatt mit Ideen zu blitzen.

Ich bin das Proletariat. An mich Kind und Riese glaubt aber die Menschheit. Die Menschheit glaubt an die Güte meines Herzens. Mein Herz sprach aus der Offenbarung Johanni, mein Herz gestaltete der Nazarener zu einer festen klaren Form: „Liebe du und zeuge du!"

Ich bin das Proletariat. Ich bin Hand. Ich bin die Hand der Ewigkeit. Ich bin das Werkzeug der Allmacht. Durch mich wird dereinst das „Tausendjährige Reich".

Nachts wohl träumen von mir die Jünglinge und die Jungfrauen, da sehen sie mich über der Welt aufragen, ich trage eine Krone, das Sternendiadem. Ich bin weiblich, ich bin die Fruchtbarkeit, Mütterlichkeit, Zorn, Milde und Zukunft.

Ich bin das Proletariat.

„Von der Sprache der Steine."

„Von vielen Helden und Weisen der Vorzeit berichtet die Sage, sie hätten die Sprache der Tiere des Feldes und des Waldes verstanden und mit den Vögeln Zwiesprache gehalten. Ich will dich eine noch wunderbarere Sprache lehren, die stummberedte Sprache der Steine.

Von hoher Bergeswarte schaust du ins Land hinein und lauschst, lauschst dem, was Stein und Fels zu deinen Füßen und Berg und Tal, Fluß und Meer da vor dir in der Ferne dir erzählen; du fragst die Schollen, die der Pflug des Landmannes umwendet, und den Schlamm, den der Bagger aus der Flußtiefe herausholt, und den Stein, aus dem die Bauleute dein Haus errichten — und du staunst, was sie dir alles zu sagen haben. Kunde bringen sie dir aus fernen Zeiten, aus Kindheitstagen der Erde. In wechselvollen Schicksalen haben sie, an denen du bisher achtlos vorübergegangen, die Entwicklung der Erde mit durchgemacht. Und noch etwas anderes haben sie treulich, wohlverborgen gewahrt: wertvolle Dokumente, Urkunden aus dem Leben der Tiere und Pflanzen in versteinerten Resten und Zeugnisse der menschlichen Entwicklung in vorzeitlichen Werkzeugen. Sie hüten aber dieses kostbare Besitztum, die Steine; nur dem Kundigen geben sie es heraus, und auch er muß häufig Hacke und Hammer schwingen, um die Versteinerungen zu gewinnen.

Wer ihnen aufmerksam zuhört, den führen sie nicht allein in die Vergangenheit, ihm enthüllen sie auch so manches Geheimnis der Gegenwart. Denn sie sind eine urgewaltige Macht, die Steine, die dein Fuß verächtlich beiseite stößt; sie zwingen Pflanzen und Tiere in bestimmte Bezirke, sie diktieren auch unsere Lebenseinrichtungen; Reichtum und Armut eines Landes, ja vielfach seine ganze Geschichte ist letzten Endes von ihnen abhängig.

Glaubst du jetzt, daß es nützlich ist und eine Quelle unerschöpflichen Genusses, die Sprache der Steine zu verstehen? Wer versteht diese Sprache? Derjenige, der sich mit der Geologie beschäftigt, der Wissenschaft von der Erde, von ihrer Entstehung, Beschaffenheit und Veränderung . . . . ." [1])

Ein gewöhnlicher Erdenbürger, der die deutsche Volksschule in einer Stadt oder einem Dorf durchlaufen mußte, hat von dem Schulunterricht neben vielem anderem „zuwenig", auch sehr wenig Grundlegendes in der Geologie mit auf den Lebensweg bekommen. Ueber die Gesteinsbildung und Gesteinsvorkommen sicherlich so gut wie nichts. Die jetzt älteren und auch die jüngeren Steinarbeiter brauchen nur zurückzudenken und sie werden dann bestätigen müssen von der Schulzeit her, über die Entstehung und Beschaffenheit der Gesteine wenn überhaupt, dann nichts Wesentliches in die Berufstätigkeit übernommen zu haben. Im Lauf der letzten Jahrzehnte hat sich immer mehr gezeigt, daß die Geologie nicht nur eine der interessantesten, sondern unbedingt auch eine der wichtigsten Wissenschaften — im allgemeinen gesehen —, für das spätere Leben nach der Schulentlassung bedeutet. Viele ältere Leute aus dem Arbeiterstand wissen z. B. von der Erdbildung nur, was die Schöpfungsgeschichte nach der biblischen Lehre, mit all ihrer Mystik und greifbaren Unnatürlichkeit, darüber zusammengetragen hat. Nicht allen, denen diese mystischen Unterlagen in langen Schuljahren Tag für Tag eingepaukt wurden, kommt im späteren Leben das mangelhafte, ja direkt widersinnige und falsche zum Bewußtsein, und es sind deshalb in Wirklichkeit nur wenige, die versuchen, durch eigenes Weiterbilden und eigenes Denken sich von den mystischen Schlacken ihres früheren Schulunterrichts — wenigstens auf diesem Gebiet — zu befreien. Daher kommt es auch wohl, daß so überaus wenige Arbeiter informiert sind über die Entstehung der Rohstoffe, mit denen sie in ihrem Arbeitsleben dauernd umgehen. „Das braucht der Arbeiter nicht zu wissen!" hört man zu oft sagen und nicht etwa nur vom Unternehmer, sondern vom Arbeiter selbst; hört es sogar von Leuten, die sich über die geistige Lehre des Arbeitsprozesses bei anderen Gelegenheiten recht aufregen können. Das ist natürlich ein Widerspruch, den diese Leute sich zuschulden kommen lassen, aber es widerspricht ja so mancher, der „den Wald vor lauter Bäumen nicht finden kann".

Die mangelhafte Information über das Werden des Rohmaterials trifft auch zum großen Teil auf jene zu, die als Arbeiter dauernd oder vorübergehend mit Steinen umgehen. Freilich nicht auf alle, wie schon verschiedene Abhandlungen an dieser Stelle aus Kollegenkreisen bewiesen haben. Die Mehrzahl aber, mag sie nun mit natürlichem oder künstlichem Gestein zu tun haben, nimmt den Rohstein wo und wie er ist. Er ist eben da, das genügt; über sein woher, wodurch, warum? machen sie sich keine ernstlichen Gedanken. Und doch hat die Geologie, allein schon mit ihrer Gesteinsbildungs- und -verwitterungslehre für die Steinarbeiter jeder Gruppe auch ihre besondere wichtige berufliche Bedeutung. Auch die Fach- und Fortbildungsschulen widmen diesen Fragen viel zu wenig Aufmerksamkeit! Darum haperts auf diesem Gebiet auch bei nicht wenigen Unternehmern in der Steinindustrie, die bekanntlich der gesamten Natursteinindustrie einen Bärendienst erwiesen haben, weil sie bei gelieferten Bau-Werksteinen die geologische Art des Gesteins in seiner geringen Widerstandsfähigkeit gegen Witterungseinflüsse nicht genügend kannten. Für sie war es eben auch nur Stein, der sich bearbeiten ließ, alles andere war Nebensache. — Der Arbeiter lernt den Unterschied zwischen den verschiedenen Gesteinsarten (Sandstein, Kalkstein, Marmor, Granit) meistens erst in der praktischen Bearbeitung erkennen; so wie ihm die größere oder mindere Schädlichkeit der zu bearbeitenden Gesteine für die Atmungsorgane, auch erst durch die praktische Arbeit am Stein, am eigenen Körper zum Bewußtsein kommt. Vorher hat ihn niemand darüber eingehend informiert, um sich danach zu richten. Kein Fach- und Fortbildungsschullehrer, kein Unternehmer, kein Betriebsführer, Meister oder Polier! Das ist nach allgemeinen Begriffen von der Arbeit und über die in ihr tätigen menschlichen Arbeitskräfte heute noch überflüssig. So etwas paßt nach dieser Auffassung folglich auch nicht in irgendein Programm oder Richtlinien hinein, um die Betriebe ertragsfähig zu erhalten. Das ist also die eine Seite, und zwar die unerquicklichste und schlechteste „von der Sprache der Steine", die kürzlich bereits vom „Steinklopfer-Hannes" angedeutet wurde.

Von einer andern Seite betrachtet, weiß jeder praktische Steinarbeiter im Bruch und im Betrieb, daß je nach der Gesteinsart (ausschließlich der Hartgesteine) nicht selten die merkwürdigsten Gebilde im Stein „gefunden" werden. Zähne, Muscheln, Knochen, Pflanzen- und Tierabdrücke, Kristalle und Mineralien. Ueber diese Vorkommen im Gestein bestehen die unglaublichsten Vorstellungen und Ueberlieferungen und was für unheimliche Geschichten daran geknüpft werden, soll gelegentlich noch Erwähnung finden. Wie mancher Steinarbeiter, der ein Menschenalter sich hat mit den verschiedenen Gesteinen herumbalgen müssen, hat vor den treffsicheren Fragen irgendeines berufsfremden aber steinfachkundigen Sammlers, der mit dem Geologenhammer und Rucksack vor ihm stand, keine Antwort geben können. Nur wenige Steinarbeiter haben für die gelegentlichen Funde und Sonderheiten im Gestein die richtige Erklärung, so wie es die bisherigen Feststellungen der geologischen Forschung den Menschen lehrt, gestützt auf die nimmer stillstehende Entwicklung in der Natur, ihrem Werden, Verändern und Vergehen. — Die Begriffe: Erdkugel — Erdkern — Erdkruste haben diese wenigen Kollegen angeregt, sich darum zu kümmern, wie das alles geworden ist, was sie in emsiger harter Arbeit vom Felsen über und unter der Erde losbrechen; oder was sie mit Meißel und Hammer künstlerisch formen oder was sie durch Schliff und Politur zur glänzenden Schönheit verhelfen. Durch diese Arbeit bekommt bekanntlich jedes Gestein erst Wert! Andere wieder wurden angeregt durch Beobachtungen bei der Tagesarbeit in den Steinbrüchen oder durch die bekannten Erdschichten in Sandgruben oder durch die Schreckensnachrichten über Erdbeben in ferneren Ländern. So wird gesucht, sich Klarheit zu verschaffen, und mancher sucht sein Leben lang! Jeder Steinarbeiter, der mit Meißel und Hammer hantiert, muß beim Beginn seiner Arbeit aus dem ihm vorliegenden Rohstein sich in Gedanken den fertigen Stein vorstellen können; so sollte jeder Arbeiter ohne Ausnahme sich eine Gesamtvorstellung machen können von der Entstehung der Erde, ihrer jetzigen Beschaffenheit und von ihrem Vergehen bezw. Verändern. Das ist das Ziel der Volksbildung und das Ziel einzelner Kollegen. Die Schriften, die sich die letzteren darüber verschaffen können, bringen ihnen die Beobachtung bei, daß ihr Inhalt in seiner Beweisführung oft voneinander abweicht; aber das besagt nicht viel und sollte nicht vom Studium abhalten. Denn soweit Schreiber dieses sich hat damit beschäftigen können, muß festgestellt werden, daß wirklich einwandfreie Forschungsergebnisse sich eigentlich nur auf die Erdkruste beschränken, die sozusagen einen Mantel von Gesteinen darstellt, der sich um den Erdkern legt. Was von diesem Kern nun fest, gasförmig oder feurig-flüssig ist, bleibt vorläufig noch Mutmaßung, die allerdings gestützt ist auf die Wahrscheinlichkeit von Beobachtungen, Berechnungen und Ueberlegungen. Die errechneten ziffernmäßigen Unterlagen sind immens! So soll bekanntlich der Halbmesser der Erkugel 6370 Kilometer lang sein. Die tiefsten Schächte in Bergwerken reichen aber nur bis 1500 Meter in die Erdkruste hinein und das tiefste Bohrloch in die Erde (Oberschlesien) 2240 Meter. Das wäre also nur der dreitausendste Teil vom errechneten Halbdurchmesser der Erdkugel. Die Erdkruste dagegen soll eine Dicke von etwa 40 Kilometer haben; nach anderen geologischen Forschungen und Berechnungen eine Dicke von 100 bis 200 Kilometer. Wer hat recht? Was ist wahr? Vorläufig bleibt das noch eine dauernde Frage, obgleich die Beantwortung den Forschern auch hier gelingen wird, ebenso wie die höchsten Regionen der Luft erforscht werden und die sich entgegenstemmenden Schwierigkeiten vom Menschengeist und -willen überwunden wurden.

Soweit die Beschaffenheit der Erdkruste und ihr Werden die menschliche Neugierde erregt, kann gesagt werden, daß sie durch unumstößliche Tatsachen von Forschungsergebnissen voll befriedigt werden kann. Die Oberfläche dieser Kruste besteht zu ¾ aus Wasser und zu ¼ aus festem Boden. Und aller Boden, den wir treten, ist entweder hartes, lockeres, weiches Gestein. Neben Wasser ist Gestein demnach der Urstoff der Erde, aus dem so gut wie alles, was wir heute sehen, bewundern und besitzen, geworden, gewonnen und gewachsen ist. Denn ursprünglich war der Boden alles festes Gestein und erst durch Verwitterung und andere zerstörende Einflüsse wurde die Gesteinsschicht in Hunderttausenden, ja Millionen von Jahren nach und nach in lockeres Erdreich verwandelt und dadurch der für das menschliche Leben so notwendige Ackerboden oder Muttererde geschaffen. Also die Geologie lehrt, erklärt und beweist uns die geheimnisvolle Tätigkeit der Naturkräfte von der Bildung der Ackerkrume bis zur Veränderung des Klimas und läßt uns die großen Umwälzungen der Erdgeschichte Schritt für Schritt verfolgen. Sie macht uns bekannt und vertraut mit dem Felsgerüst der Erde, der Art der in diesem verankerten Gesteinen und der unter den Gesteinen ruhenden gewaltigen Urkräfte. Die Geologie weist nach, daß die Verwitterung der festen Gesteine zu Schutt dahin geführt hat, das Felsgerüst der Erde mit einer Pflanzendecke zu überziehen, die Tier und Mensch ernährt. Wind und Wasser, Frost und Hitze haben ständig dazu beigetragen und tun es heute noch, das Angesicht der Erdkruste in dauernder Entwicklung zu verändern. Die Geologie zeigt uns aber auch die Stellen an, wo man Bergwerke und Steinbrüche anzulegen hat, wo Ton, Mergel und Torf zu graben, Kohlen- und Salzlager aufzusuchen sind, wo Kalk anzutreffen ist. — Damit mag die erste Abhandlung „von der Sprache der Steine", die der „Steinklopfer-Hannes" angeregt hat, abgeschlossen sein. Gelegentlich mehr darüber.

Sb.

[1]) Engelbert Graf im Vorwort seines Buches: Entwicklungsgeschichte der Erde. Zu beziehen von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Auf den Bergen die Burgen! Es hat sich auch hier ein vollständiger Umschwung vollzogen. Früher mußten die Ritter von den Bergen herabsteigen, wenn sie jemanden plündern wollten. Heute richtet man eine Wein-, Bier- oder Kaffeekneipe auf so einem alten Steinhaufen ein, stellt als Leimruten einige alte angepinselte Leinwandlappen, genannt Oelgemälde, einige alte Säbel und Flinten usw. aus und das Publikum kommt scharenweise von selbst auf den Berg und läßt sich in aller Seelenruhe von den Burgbewohnern ausplündern — auch ein Fortschritt!

Aus: Zwischen Hammer und Meißel.

front gegen alle ihre Feinde." Das ist auch unser Glaube. Ununterbrochen arbeiten die Gewerkschaften daran, daß die Massen diese nicht neue Wahrheit einsehen und danach handeln. Daß noch kein durchschlagender Erfolg erzielt werden konnte, verdanken wir der Unwissenheit und den Kommunisten.

Weiterhin wird in dem Aufruf von der „schwarz-rot-gelben" Fahne gesprochen. Die schwarz-rot-goldene Fahne ist das Wahrzeichen von Republik, Demokratie und Parlamentarismus und sie war stets die Fahne derer, die für den Fortschritt und für die Freiheit in deutschen Landen gekämpft und gelitten haben. Die Gewerkschaften stehen zu dieser Fahne, denn mit ihr ist es auch den Arbeitern möglich, gleiches Recht für alle zu erringen.

Aber es ist zur Erreichung dieses Zieles auch noch nötig, daß sich alle Arbeiter hinter Schwarz-Rot-Gold und hinter die Republik und hinter die Demokratie stellen. Geschieht dies, dann zerstieben alle Diktaturphantasien wie Spreu im Winde. Damit verlassen wir das hysterische Geschrei der Kommunisten. Unsinn kann man nicht widerlegen. Auch haben die bezahlten Lakaien Rußlands nur ein Amt und keine Meinung.

Die Gewerkschaften fordern wir nunmehr auf, in der üblichen Weise die Betriebsrätewahlen für 1925 einzuleiten. Maßgebend für die Durchführung derselben sind die nachstehend auszugsweise wiedergegebenen Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses:

„Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung überhaupt zählen zu ihren Organen auch die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben. Die Betriebsräte können daher nicht als solche die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Hierdurch ist die Stellung der Betriebsräte innerhalb der Arbeiterbewegung gegeben. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Betriebsräte in dem Maße gesichert, in welchem sich die Betriebsräte als Gewerkschaftsfunktionäre betätigen."

„1. Die Gewerkschaften haben die Wahlen zu den Betriebsräten planmäßig vorzubereiten. Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer bei der Zusammensetzung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind. Sind in dem Betriebe mehrere Gewerkschaften vertreten, so haben sie sich über die Kandidatenaufstellung zu verständigen.

2. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB. angehören, oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem Afa-Bund angeschlossenen Organisation Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebsamkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

3. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB. notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des Afa-Bundes anzustreben. Wahlabkommen mit andern Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden.

4. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB. angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen."

Diese Beschlüsse sind Gewerkschaftsrecht, sie sind Gesetz und danach hat jedes Gewerkschaftsmitglied zu handeln. Wer es nicht tut, mit dem ist genau so zu verfahren, wie es auch bei den Kommunisten, und zwar besonders bei diesen üblich ist, wenn deren Beschlüsse nicht Folge geleistet wird.

Die Gewerkschaftskollegen in den Betrieben werden aus den Erfahrungen der letzten Jahre genügend gelernt haben. Sie werden wissen, daß man mit Parolen die Verhältnisse nicht meistern kann, sondern daß dies nur durch Kenntnisse, Ausdauer und zielbewußtes Handeln möglich ist. Deshalb werden die Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1925 ihre sachlichsten und kenntnisreichsten Kollegen in die Betriebsräte wählen. Die Parolenschmiede aber werden in hohem Bogen hinausfliegen.

Aufwertung und Arbeiterschaft.

In der dritten Steuernotverordnung hat die Reichsregierung den Versuch gemacht, das durch die Markentwertung vernichtete Kapital, also Besitzer von Hypotheken, Obligationen, Inhaber von Sparkassenguthaben, Lebensversicherungspolizen bis zu einer gewissen Höhe durch Aufwertung der Schuldsumme zu entschädigen. Diese Maßnahmen waren zur Beruhigung der wirtschaftlich Schwachen nicht nur notwendig, sondern angesichts der riesigen Inflationsgewinne nur gerecht und durchaus möglich, wie die mühelos eingestellten Aufwertungsreserven in unsern Goldbilanzen beweist. Ganz anders behandelte das Reich seine eigenen Schulden, also die Staatsanleihen, insbesondere die Kriegsanleihen. Unter Berufung auf die damals Ende 1923 verzweifelte Lage der Reichsfinanzen lehnte es die Aufwertung der Staatspapiere bis zu dem Zeitpunkte ab, wo es ohne Reparationsschuld ist.

Die Auffassung des Staates, der seine sozialen Ausgaben, seine Ausgaben für Schule und Gesundheitswesen, die Erwerbslosenfürsorge und die notwendige Förderung der Wissenschaft, Wirtschaft und Technik bis ins Unmögliche und Unerträgliche einschränken mußte, fand im deutschen Volke volles Verständnis. Auch im Auslande könnte man es sehr gut begreifen, daß der deutsche Staat jeden Pfennig benutzte, um erstmals seine Existenz sicherzustellen. Die harte Arbeit, die der deutsche Finanzminister im Jahre 1924 geleistet hat, fand im Auslande vollste Würdigung, und die Hinweise einer gewissen deutschen Presse, die Nichtaufwertung deutscher Staatspapiere wäre im Auslande als Treulosigkeit und Vertragsbruch empfunden worden, sind recht dummes Geschwätz und treffen höchstens auf Spekulanten des Auslandes zu, die ein zweifelhaftes Recht über Moral zu reden haben. Es handelt sich um dieselben Kreise, die in Deutschland seit Monaten einen heftigen Feldzug für die Aufwertung der Staatspapiere führen und es auch tatsächlich erreicht haben, daß der Staat, der in kürzester Zeit vor sehr ernsten Geldschwierigkeiten stehen wird, der Frage einer Aufwertung der Staatspapiere nähergetreten ist. Man erörtert z. B. die Aufwertung von Kriegsanleihen mit 5 Prozent mit dem Stichtag für den Besitz bis zum 30. Juni 1920. Auch wird eine weitere Aufwertung von Hypotheken eifrig besprochen usw. Dadurch würde beispielsweise, um bei der Kriegsanleihe zu bleiben, jenen gewissenlosen Burschen riesige Gewinne zugeschanzt, die Kriegsanleihe kauften, als sie infolge der Inflationsnot, manchmal buchstäblich vom Hunger getrieben, von Leuten verkauft werden mußte, die sie einst, als das Land in Not war, mit gutem Gelde bezahlten. Von einer solchen Aufwertung dürften die wirklichen Opfer der Inflation, denen der Staat in erster Linie durch soziale Aufwertung helfen muß, gar nichts haben, wohl aber die Spekulanten, die Kriegsanleihe an der Börse als Spielmarken benutzend, mit Gewinn kaufen oder verkaufen, wenn der Finanzminister oder eine andre politische Persönlichkeit etwas über Aufwertung gesagt haben oder nicht gesagt haben soll. Sie haben bisher mit dieser Spekulation die besten Geschäfte gemacht und sollen noch weitere Geschäfte machen. Selbst die dreizehn Milliarden Goldmark Stammaktien der deutschen Reichsbahngesellschaft, die nachher durch Steuergroschen wieder zurückgekauft werden mußten, soll das Reich diesen Spekulanten, wenn ihre Wünsche durchdringen, zur Verfügung stellen. Demgegenüber ist es nur in Ordnung, wenn dieser bescheidene Staat mal fragen würde, wie man ihn aufwerten will. Unsre Reichsbank, unsre Seehandlung usw. haben der Industrie während der Inflation riesige Summen zur Verfügung gestellt, die mit wertloser Papiermark zurückgezahlt wurden. Gerecht wäre es, einmal dem Staat das wiederzugeben, was die Stinnes und Wölffe ungerechterweise an ihm verdient haben, um damit die wirklichen Opfer der Inflation zu entschädigen. Das wäre Gerechtigkeit, die von den Spekulanten so oft für die Aufwertung der Staatspapiere geltend gemacht wird. Ungerecht, unwirtschaftlich und nicht so ganz ungefährlich ist es aber, Kriegsanleihe und andre Staatsschulden durch neue Steuern und Steigerung der Mieten aufwerten zu wollen.

Sollen die breiten Massen, sollen Arbeiter, Beamte und Angestellte nochmal Opfer der Inflation werden? Sie haben einmal die Riesenlast der Inflation getragen und lehnen jede Wiederholung ganz entschieden ab. Wie hat sich eigentlich die Inflation in Deutschland abgespielt und wer hat die Inflation bezahlt? Als im Weltkrieg der erste Schuß abgefeuert wurde, traf dieser die deutsche Reichsmark tödlich. Staat und Wirtschaft konnten die Kriegskosten nicht aus den laufenden Mitteln bezahlen. So kam die Inflation, die Markentwertung, d. h. die Ausgaben wurden aus den Sparkapitalien, dem mobilen Kapital gedeckt, in der Art des Mannes, der mehr Ausgaben als Einnahmen hat und zur Bezahlung seiner Schulden den Inhalt seiner Sparbüchse benutzt. Der Inhalt dieser Sparbüchse, das mobile Kapital, war in Deutschland aber bald zu Ende und nun wurde die Inflation, die teils zwangsläufig kam, teils, wie im Ruhrkrieg, bewußt durchgeführt wurde, restlos aus den Arbeitslöhnen finanziert. Der Lohnempfänger wurde so das eigentliche und größte Opfer der Inflation. Der deutsche Rentner mag in der Inflation eine zweistellige Milliardenzahl verloren haben. Aber allein die Millionen organisierter Gewerkschafter in Deutschland verloren, ganz bescheiden gerechnet, in wenigen Tagen des November 1923 rund 180 Goldmillionen durch Senkung ihrer Reallöhne. Die Inflationsverluste der deutschen Arbeiterschaft sind zahlenmäßig überhaupt nicht festzustellen. Von ihnen zeugt aber die Tatsache, daß diese Arbeiterschaft bis heute noch nicht imstande ist, die verbrauchte Leibwäsche notdürftig durch schlechteste und billigste Ware zu ergänzen. Die deutsche Arbeiterschaft, die Differenz zwischen Nominal- und Reallohn, ist der eigentliche Tresor der Inflation, die nie versiegende Quelle der Inflationsgewinne gewesen. Man hat bis jetzt auch noch nicht einmal erörtert, wie man diese Opfer der Inflation entschädigt. Im Gegenteil, man hat sie durch ungenügenden Reallohn und eine beispiellose Preisübersetzung nach der Stabilisierung gezwungen, den Nutznießern der Inflation, dem Unternehmertum, den Banken, dem Handel usw. die Inflationsgewinne durch Einschränkung der Lebenshaltung abzutreten.

Nun hat sich die Arbeiterschaft lange das Spiel angesehen. Sie sah mit Erstaunen, daß man ihr wieder einmal neue Opfer zumutet, daß man ihr, die in der Lohnzahlung und Umsatzsteuer die Hauptsteuerlast trägt, in Goldmilliarden neu belasten will. Sie hört mit Ingrimm, daß der zur Belebung des Arbeitsmarktes und des Warenabsatzes notwendige Abbau der Umsatzsteuer nicht durchgeführt werden soll, — weil neue Geldmittel für die Aufwertung nötig werden. Dadurch sollen die notwendig werdenden Lohnerhöhungen einer Klique von Spekulanten zugute kommen. In dem Prachtpalast in der Wilhelmstraße in Berlin, wo, augenblicklich der Reichsfinanzminister mit der deutschen Hochfinanz über die Aufwertung verhandelt, werden soziale Kämpfe im größten Ausmaß vorbereitet, denn die Arbeiterschaft kann sich das auf keinen Fall gefallen lassen. Die Arbeiterschaft setzt dem Schrei der Spekulation nach Aufwertung die Forderung zur Erfassung der Inflations- und Spekulationsgewinne entgegen.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streik in **Raumünzach** (Betrieb Trentini). In **Gudensberg** Firma Wegener, Pflaster- und Schotterbetrieb. In **Bielefeld** bei den Firmen: Neumann u. Tremme, Stern, Greiner.

Gesperrt. In **Detmold** und **Hiddesen** die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In **Karlsruhe** die Grabmalgeschäfte: Albert Mürnser, Konrad u. Fürter, Steiner u. Giltlinger, Hugo Kromer, Andr. Klennert, Wilhelm Mußberger sind für unsre Verbandskollegen gesperrt, weil sie nicht den durch Schiedsspruch festgesetzten Lohn bezahlen. — In **Eschershausen** die Kalk- und Dolomitbetriebe und Steinbaureien der Firmen Hartmann, Dräger, Hils. — Nach **Baumholder** in das dortige Granitwerk von Dr.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab.

Zuzug fernhalten. Außer den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind, aus dem **Ruhrkohlen-Sandsteingebiet.** — Von **Oberdachstetten** (Firma Kelber). — Von **Sangerhausen** (Firmen C. Lehmann und K. Staab). — Von dem Steinbruchsgebiet **Hasserode im Harz.** — **Köslin.** Die Steinsetzer-Firma Hermann Schramm-Köslin beabsichtigt nur mit unorganisierten Steinsetzern ihre Arbeiten fertigzustellen. Dieses Vorhaben ist ihr allerdings noch nicht in vollem Umfange gelungen. Zwar arbeiten dort zwei Brüder des Unternehmers, die ihrer Pflicht gegen den Verband nicht nachkommen, und ein weiterer Kollege, der ebenfalls dem Verbande den Rücken kehrte. Alle andern Kollegen verließen aber diese Firma, die deshalb von allen Kollegen zu meiden ist.

Schweiz. Die Marmorindustriellen haben den bestehenden Landesvertrag gekündigt, sie beabsichtigen Verschlechterungen einzuführen. Bereits gehen sie mit Maßregelungen vor und suchen Marmorarbeiter im Ausland anzuwerben. Wir warnen dringend vor Zuzug.

Reichsarbeitsvertrag für Werkstein, Grabmal und Marmor. Zum 10. Februar 1925 ist vom „Deutschen Steinindustrie-Verband" eine Verhandlung angesetzt zum eventuellen Neuabschluß des Reichsarbeitsvertrages.

Steinsetzer und Pflasterer.

Bremen. Die Fachgruppe der Steinsetzer hielt am 7. d. M. ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Kollege Joh. Osterloh erstattete den Jahresbericht. Er führte den Kollegen klar vor Augen, daß die Erfolge, die unsre Gruppe für sich buchen kann, an dem Zusammenhalt und an der Leitung liege. Erfreulich sei das gute Zusammenarbeiten der drei Verbandsfachgruppen in Bremen. Im Punkt Vorstandswahl legte der Kollege Osterloh sein Amt als Sektionsleiter sowie auch als Vorsitzender der gesamten Filiale nieder. Trotz mehrmaliger Aufforderung der Kollegen, sein Amt zu behalten, beharrte er auf seinem Standpunkte und führte aus: Der Verband sei ihm ans Herz gewachsen, aber er wäre rund 19 Jahre als Vorsitzender tätig gewesen, und jetzt möchte er doch sein Amt niederlegen. Sein Nachfolger wurde der Kollege Friedrich Bätzer. Dann wurden die andern Funktionäre gewählt. Danach entspann sich im Verschiedenen eine lebhafte Debatte. Nachdem der Kollege Osterloh erklärte, er wolle den neugewählten Vorsitzenden mit Rat und Tat unterstützen, sprachen noch einige mahnende Worte der Kollege Joh. Woltemade, Vorsitzender der Marmorgruppe, und der Vorsitzende der Steinmetzen, Kollege Karl Käsebiter. In anfeuernden Worten sprach der vom Amt scheidende Vorsitzende zum Schluß zu der aufmerksamen Versammlung. Sein Wunsch war, daß alle Kollegen zusammenstehen. Jeder muß sich auch der politischen Partei widmen und vor allen Dingen die Volkszeitung abonnieren.

Grünberg. Die Zahlstelle Grünberg hielt am 4. Januar ihre Generalversammlung ab. Der erschienene Gauleiter Koll. Schulze gab einen interessanten Bericht über das Wirken und den Stand der Gewerkschaften in der letzten Zeit. In der zweiten Hälfte seines Vortrags behandelte er die Tarifangelegenheiten für die Provinz Schlesien, zu welch letzteren in der Aussprache von den Kollegen Verbesserungsvorschläge unterbreitet wurden. Dann wurde die Jahresabrechnung der Zahlstelle vorgelegt und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt; für seine gute Arbeit wurde ihm die Anerkennung der Versammlung ausgedrückt. Bemerkt werden muß, daß die Mitgliederzahl der Zahlstelle sich im Vorjahre von 28 auf 59 gehoben hat. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender und Kassierer Kollege Wilh. Thiel, 2. Vorsitzender Koll. K. Witzmann, 2. Kassierer Kollege A. Feind, 1. Schriftführer und Stellvertreter Kollege E. Riedel und O. Ringmann, als Beisitzer die Koll. Weiser und Arlt und als Revisoren die Kollegen Kühn und Deil. Kartelldelegierte wurden die Koll. Herdlitschke und Meißner, Lohnkommissionsmitglied Koll. Witzmann und in den Schlichtungsausschuß wurde Koll. Thiel gewählt. — Danach entspann sich eine rege Diskussion über die Wiedereinführung der Unterstützungseinrichtungen. Es wurde bemerkt, daß der Verbandsbeirat eine wenig glückliche Hand gehabt hat, als er eine Karenzzeit von 52 Beitragswochen festsetzte. Besonders hart empfinden dies die alten Mitglieder, die schon jahrelang ihrer Organisation angehörten und große Opfer für dieselbe gebracht haben. Die Versammlung stellte den Antrag, daß einen Monat vor Stattfinden des Verbandstages ein Fachgruppentag durch den Zentralvorstand einberufen werden solle, wo über die verschiedensten Fragen zu entscheiden ist. Gleichzeitig wurde ersucht, jedem Mitglied ein Adressenverzeichnis zuzustellen, damit jeder, wenn er in der Fremde arbeitet, immer Fühlung mit dem Verband behält. Mit der Hoffnung, daß das Jahr 1925 eine Besserung der Lage der Arbeiter bringen werde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Spremberg hielt am 6. Januar 1925 eine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Gauleiter Schulze war ebenfalls erschienen und teilte mit, das die Bauhütte im Frühjahr Pflasterarbeiten zu übernehmen gedenke, und hat diese um Vermittlung von Steinsetzern ersucht. Die Versammlung spricht sich dahin aus, daß, sofern die Bauhütte Aufträge erhält, die Vermittlung von Steinsetzern zunächst durch den Arbeitsnachweis von Spremberg zu erfolgen hat, sind dort Steinsetzer nicht mehr eingezeichnet, soll sich die Bauhütte an den Vorsitzenden unserer Filiale wenden, dieser wird bestrebt sein, den Bedarf zunächst aus dem Tarifbezirk der Niederlausitz zu decken. Der Gauleiter wird beauftragt, dies der Leitung der Bauhütte von Spremberg mitzuteilen. Sodann gibt Kollege Neumann einen Bericht über die Tarifverhandlungen. Die Arbeitgeber hatten den Tarif gekündigt und wollten die Leistungsklausel wieder in den Tarif aufnehmen. Dies wurde von den Kollegen abgelehnt. Daraufhin lehnten auch die Arbeitgeber die von uns gestellten Verbesserungsanträge ab, so daß der Tarif in der alten Fassung für 1925 wieder abgeschlossen wurde. Für Steinsetzer erreichten wir eine Lohnzulage von 10 Pfg. pro Stunde. Die Löhne sind bis zum 31. März 1925 wie folgt abgeschlossen. Steinsetzer 85 Pfg., Rammer 69 Pfg., Hilfsarbeiter 50 bis 55 Pfg. Für Steinsetzer und Rammer sind extra 4 Pfg. pro Stunde in die Wohlfahrtskasse zu bezahlen. Die Beiträge der Wohlfahrtskasse sind örtlich zu verwalten und müssen sich die Kollegen hierüber mit den Arbeitgebern der einzelnen Orte verständigen. Die Anträge der Arbeitgeber auf Verlängerung der Arbeitszeit wurden von uns ebenfalls abgelehnt, so daß es bei der achtstündigen Arbeitszeit weiterhin verbleibt. Nur in dringlichen Fällen kann bis 9 Stunden gearbeitet werden; doch muß hierüber örtlich verhandelt werden und ist dem Arbeitsamt hierüber Mitteilung zu machen. Ein Antrag, wonach vor dem im Mai stattfindenden Verbandstag ein Fachgruppentag unserer Fachgruppe stattfinden soll, fand einstimmige Annahme, und wurde der Vorsitzende beauftragt, einen dahingehenden Antrag an den Zentralvorstand einzureichen. Ort und Tag der Verhandlung soll dem Vorsitzenden unserer Fachgruppe im Zentralvorstand, dem Koll. Hermann Linke, überlassen bleiben. Zum Schluß wurden noch einige Neuaufnahmen geregelt.

Bernburg. Zu der am 10. Januar 1925 einberufenen Generalversammlung, Fachgruppe Steinsetzer, waren 18 Kollegen vertreten. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht von der Fachgruppe und führte aus, daß es den Kollegen von Bernburg gelungen ist, die Arbeitszeit das ganze Jahr hindurch auf 8 Stunden zu behalten, nur in einem Falle mußte länger gearbeitet werden, allerdings mit Zustimmung der Gauleitung. Die neue Konkurrenz zwischen Steinpflaster und Betonstraßen wurde eingehend beleuchtet. Dazu führte der Vorsitzende aus, daß, wenn es uns nicht gelingt, eine gute, saubere einwandfreie Arbeit herzustellen, wir Gefahr laufen, daß unser Beruf zurückgedrängt wird. Denn die unsaubere Arbeit wird meistens durch die Schmutzkonkurrenz der Unternehmer gefördert. Sodann gab der Vorsitzende noch einen Bericht von der Gaukonferenz in Halle, an dem sich eine längere Aussprache anschloß, und zwar über die künftige Lohn- und Tarifpolitik. Zum Schluß forderte der Vorsitzende alle Kollegen auf, am 11. Januar der Versammlung der Steinarbeiter recht zahlreich beizuwohnen, von der im folgenden Bericht gegeben wird. Die Versammlung der Steinarbeiterfachgruppe fand in Plötzkau statt. Sie war von 81 Kollegen und einigen Frauen besucht. Referent war der Zentralvorsitzende Kollege Winckler. In großen Zügen behandelte er die Gewerkschaftsbewegung, die wirtschaftliche Lage allgemein und der Steinindustrie und der darin beschäftigten Arbeiter im besonderen. Der Stand der Organisation, ihre finanzielle Leistungsfähigkeit wurde nicht vergessen, ebensowenig das Zusammenarbeiten von Wirtschaft und Politik. Mit einem Ausblick und Appell an die energische Mitarbeit der Kollegen fand das Referat seinen Ausklang. Als erster Diskussionsredner ging Kollege Böttcher-Bernburg mit scharfen Worten gegen die Zersplitterung und das Schmarotzertum vor. Leider mußten 14 Kollegen wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Aufgabe der Kollegen ist es nun, in den Betrieben zu wirken und diesen Leuten klarzumachen, du mußt für denen Beruf und für deine Organisation arbeiten, nur dann kannst du Vorteile erringen. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht vom 4. Quartal, welcher für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. In der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Aus dem Jahresbericht ergab sich folgendes: Bestand am 4. Januar 1925 135 Kollegen, stattgefunden haben im Jahre acht Lohnverhandlungen, eine am Schlichtungsausschuß, drei für die Fachgruppe der Steinarbeiter, zwei Bezirkskonferenzen, eine Gaukonferenz, sieben Versammlungen für Steinarbeiter, 10 Versammlungen für Steinsetzer. An Schriftstücken eingegangen 131, versandt 144. An neun Ortsausschußsitzungen teilgenommen. Streik und Lohnkämpfe haben wir zwei unterstützt durch Sammlungen, und an Weihnachtsunterstützung wurden 40 Mk. an kranke Kollegen verteilt. Im Punkt Verschiedenes war nicht mehr viel zu erörtern; es wurden noch einige kleine Sachen durchgesprochen und dem Vorsitzenden für seine große Mühe und Arbeit 40 Mk. für das Jahr zugebilligt. Nachdem die Tagesordnung nun gänzlich durchgesprochen war, schloß der Vorsitzende die anregende Versammlung.

Steinarbeiter.

Wiesbaden. In unserer gutbesuchten Versammlung am 12. Januar ergab die Abrechnung vom 4. Quartal 1924 einen für unsere Verhältnisse günstigen Kassenbestand. Es kam infolgedessen ein Antrag des Vorstandes zur Annahme, eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 3 Mk. pro Woche aus der Lokalkasse zu gewähren. Voraussetzung ist jedoch, daß das Verbandsbuch bei Eintritt der Arbeitslosigkeit vollständig in Ordnung ist. Dann folgte Bericht der Tarifkommission über Tarifverhandlungen und den Abschluß eines Provisoriums bis zum 31. März d. J. Weil der RAV. für Werkstein-, Grabmal- und Marmorbetriebe am 31. Dezember ablief und ein Neuabschluß nicht in Sicht war, wurde unsere Tarifkommission von der Versammlung am 1. Dezember beauftragt, selbständig einen Tarif auszuarbeiten und dem Arbeitgeberverband einzureichen. In der Verhandlung am 6. Januar wurde dann, in der Erwartung, daß der RAV. vielleicht doch bald zustande käme, vereinbart, daß die Bestimmungen des RAV. vom 9. Dezember 1922 sowie die dazu gehörigen örtlichen Vereinbarungen für beide Teile bis 31. März d. J. bindend bleiben. Der Lohn wurde festgelegt wie folgt: Steinmetzen in Bau-, Grabstein- und Kunststeingeschäften erhalten 12 Prozent mehr wie Maurerlohn — seither 8 Prozent. In den Marmorgeschäften ist der Mindestlohn für Marmorarbeiter 93 Pfg. die Stunde. Selbständige Arbeiter erhalten den Steinmetzlohn; für die übrigen werden die Löhne je nach Leistung und im Einvernehmen mit dem Betriebsobmann zwischen dem Mindest- und Höchstlohn gestaffelt. Am 1. März treten die beiderseitigen Tarifkommissionen ohne weiteres wieder in Verbindung um Vereinbarungen für die Zeit nach dem 31. März zu treffen. Die Versammlung erkannte durch die

Aussprache an, daß die Tarifkommission das Möglichste geleistet hat. Sehr bedauert wurden die gegen unsere Verhältnisse bedeutend niedrigeren Löhne der Marmor- und Grabsteingeschäfte in unseren Nachbarstädten Frankfurt und Mainz, weil wir dadurch im Vorwärtskommen immer gehemmt sind. Der Tarifkommission wurde auf Antrag aus der Versammlung von dieser das vollkommene Vertrauen und der Dank für das Erreichte ausgesprochen. Erreicht konnte es aber nur werden, weil die Tarifkommission wußte, sie hatte eine einmütige, geschlossene Kollegenschaft hinter sich und weil den Arbeitgebern diese Einigkeit nicht unbekannt war. Kollegen der Nachbarstädte, merkt euch das! Nach dem Kartellbericht und Erledigung sonstiger Angelegenheiten Schluß der einheitlich verlaufenen Versammlung.

München. Am 6. Januar 1925 fand unsre Jahresversammlung statt. Kollege Ziemann erstattete den Jahresbericht, wobei er betonte, daß ein arbeitsreiches Jahr hinter uns liegt. Auch das Jahr 1925 stellt uns vor gewaltige Aufgaben. Hierzu ist die Mitarbeit aller Kollegen unbedingt notwendig. Denn nur durch die Zusammenlegung aller Kräfte ist es möglich, den Arbeitgebern etwas abzuringen. Kollege Lallinger als Kassierer erstattete seinen Bericht, der von den Revisoren als einwandfrei bezeichnet wurde. Mit Restanten ging Kollege Lallinger scharf ins Gericht. Die säumigen Kollegen wurden aufgefordert, innerhalb 14 Tagen dem Verband gegenüber ihre Pflichten zu erfüllen. Beide Berichte wurden von der Versammlung gutgeheißen. Bei Punkt Neuwahl wurde der Antrag erhoben, die alte Verwaltung auf ein weiteres Jahr mit den Verwaltungsgeschäften zu betrauen. Einstimmig wurde so beschlossen. Die Vorstandschaft erklärte sich auch bereit, die Geschäfte der Zahlstelle auf ein Jahr weiterzuführen. Kollege Ziemann sowie Kollege Lallinger fordern die Anwesenden auf, fest und treu zur Organisation zu stehen. Wenn dies der Fall ist, so wird für die Zahlstelle München sowie für den Gesamtverband der Erfolg gesichert sein.

Bensheim. Am Sonntag, dem 11. Januar, fand im Lokal zur Stadtmühle eine Konferenz für den Odenwaldbezirk statt. Vertreten waren sämtliche dem Bezirk angeschlossenen Zahlstellen, außerdem war die Zahlstelle Asbach noch vertreten. Die Leitung der Konferenz übernahm auf einstimmigen Vorschlag der Kollege Moosmüller-Heppenheim. Kollege Weidenhammer gab den Tätigkeitsbericht vom Jahre 1924. Daraus war ersichtlich, daß es an Arbeit nicht fehlte. Besonders hervorgehoben wurden die einzelnen Lohnbewegungen. In der Schleifereigruppe kam kein einziges Lohnabkommen zwischen den Parteien zustande. Auch das zur Entscheidung angerufene Tarifamt konnte sich niemals durchsetzen. Das Reichsarbeitsministerium mußte mehrmals angerufen werden, und kam erst dann eine Einigung unter dem von dieser Stelle berufenen Vertreter zustande. Größtenteils stimmte der VDG. den Tarifamtsschiedssprüchen an dieser Stelle zu, da diese schon so minimal gehalten waren, daß es niedriger nicht mehr ging. Durch die Verschleppungstaktik hatten die Herren aber nochmals 6 bis 8 Wochen gewonnen, da braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie es jedesmal auf die Entscheidung des Reichsarbeitsministers ankommen ließen. — Auch in der Werksteingruppe wurden die Lohnkämpfe immer schärfer. Es kam auch dort zu keinem Abschluß, und mußte erst Schlichtungsausschuß sowie Staatskommissar zur Entscheidung angerufen werden. Aber trotzalledem ging es vorwärts. Ueber die allgemeine Verbandslage gab er an Hand von Zahlenmaterial ebenfalls Aufschluß. — In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen die Lohnpolitik der Unternehmer aus. Aus aller Herzen kam der Wunsch, treu zum Verbande zu stehen, und dafür zu sorgen, daß der letzte Mann unsern Reihen zugeführt wird. — Weidenhammer gab dann noch einen Antrag bekannt, in dem ihm von politisch anders gesinnten Kollegen, die er an das Beitragzahlen erinnerte, das Vertrauen abgesprochen wurde. Als die Antragsteller zur näheren Begründung aufgefordert wurden, zogen sie ihren Antrag zurück. Die Konferenz ging über diese Angelegenheit zur Tagesordnung über. Einstimmig wurde die Tätigkeit des Bezirksleiters gutgeheißen. — Eine Aussprache über die zur Zeit bestehenden Löhne ergab die vollständige Unzulänglichkeit, und entrollte die traurigsten Bilder. Den Unternehmern der beiden Gruppen sei von dieser Stelle aus gesagt, daß die Entlohnung eine andre werden muß. Die Steinarbeiter sind in diesem Jahre nicht gewillt, weiter die Lohnsklaven abzugeben, auch sie erheben Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein. — Zur Debatte stand ebenfalls der Ablauf der beiden Tarife. Ueber den RLT. waren die einzelnen Redner nicht besonders erbaut. Das ist der rückständigen Lohnpolitik des VDG. einzig und allein zuzuschreiben. — Bezüglich des Werksteintarifs glaubte ein Teil der Delegierten, daß es Zeit wäre, mit den Papiergrundpreisen und mit der Prozentwirtschaft aufzuräumen und feste Preise einzusetzen. Der andre Teil sieht die Sache auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Zuckungen noch als verfrüht an. — Nach Erledigung einzelner Bezirksangelegenheiten konnte die anregend verlaufene Konferenz beendigt werden.

Hohenleuben. Am 1. Januar d. J. fand unsre Jahreshauptversammlung bei Koll. Hesse in Brückla statt. Tagesordnung: Jahresbericht des Vorsitzenden. — Kassenbericht. — Neuwahl der Ortsverwaltung. — Betriebsangelegenheiten. — Verschiedenes. — Kollege Röhnert ermahnte in seinem Bericht die Kollegen, in Zukunft den Versammlungsbesuch zu heben. Dann schilderte er die Arbeitsleistung der Funktionäre im alten Jahr. Lohnverhandlungen fanden 4 statt, die 5. schwebt noch. Streiks keine. Trotz flotten Geschäftsganges, hoher Steinpreise, ist für den Arbeiter nicht viel herausgekommen. Der Vorsitzende ermahnt die Kollegen, doch endlich die Lage zu erfassen, denn nur eine starke Organisation kann uns zum Ziele verhelfen, die Kollegen mögen alles aufbieten, um auch den letzten Wankelmütigen im Betriebe zur Organisation zu bringen. — Im Kassenbericht gab uns Koll. Löscher die Jahresabrechnung bekannt. Mit Defizit angefangen, mit einer ansehnlichen Summe Lokalbestand schließen wir ab. Nach der vorhergegangenen Inflation ist es ein gutes Zeichen, daß wir mit unsrer Organisation wieder fest dastehen. Die Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt, neu nur ein 2. Vorsitzender, ein 2. Schriftführer und ein 2. Kassierer. Im Punkt Betriebsangelegenheiten entspann sich eine lebhafte Diskussion. Nachdem verschiedne Kollegen Vorwürfe gegen die Betriebsräte erhoben, wurde man einig, daß in Zukunft die Betriebsräte sich mehr um die Zustände im Betrieb kümmern sollen, und sie mit aller Energie vorgehen, sich etwa nicht durch ein Lächeln von seiten des Unternehmers betölpeln lassen. Nachdem im Verschiedenen noch einige kleine Anfragen erledigt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Aufforderung, jederzeit für eine einige, geschlossene Arbeiterschaft in der Steinindustrie — dem Steinarbeiterverband — einzutreten.

Häßlich. Am 13. Januar 1924, abends 5 Uhr, fand die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1924, 2. Neuwahl, 3. Oertliche Angelegenheiten, 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende und Kassierer, Kollege Hübner, gab die Abrechnung bekannt, die von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Im 2. Punkt wurde der bisherige Vorsitzende und Kassierer wiedergewählt, als Stellvertreter Richard Johne, als Schriftführer Max Hänsel (Bischheim), Max Hahnewald aus Häslich als dessen Stellvertreter. Zu Revisoren wurden Max Hänsel aus Bischheim, Max Hübner aus Häslich und Georg Richter aus Häslich gewählt. Beim 3. Punkt setzte eine lebhafte Debatte ein über die Lohnverhältnisse, und zwar über die Bezahlung der Bossiersteine. Die Pflastersteine müßten in Zukunft in der Entlohnung besser in die Höhe gebracht werden, denn die jüngeren Leute bekommen die Steine nicht zum Bossieren, nur die älteren Kollegen müssen die Steine bearbeiten und kommen dabei nicht auf ihren Lohn. Ferner wird überhaupt das Akkordsystem bemängelt. Mit aller Kraft soll auf Tagelohn hingearbeitet werden. Dann wurde noch auf die Gaukonferenz und auf den Verbandstag hingewiesen, damit sich die Kollegen mit Anträgen befassen.

Rundschau.

Gefahren bei der Steingewinnung. In der Westerwälder Zeitung vom 14. Januar heißt es unter Wilsenroth, 13. Januar:

Glück im Unglück hatten die im Steinbruch der Dolerit A.-G. in Wilsenroth beschäftigten Arbeiter Eulberg und Schnee von hier und Becker von Langendernbach. Diese mit dem Treiben eines Stollens beauftragt, hatten zwecks Sprengung der hindernden Gesteinsmassen vier starke Schüsse bereits angesteckt, wollten sich in Sicherheit bringen, fanden den Ausgang des Stollens aber verschüttet. Nur der Geistesgegenwart des Becker, dem es gelang, die Zündschnur von den Schüssen zu reißen, haben sie ihr Leben zu verdanken. Der Unfall blieb unbemerkt, bis dem Bruder des Schnee dessen langes Ausbleiben auffiel. Er machte sich auf die Suche und da erst entdeckte man den Einsturz und begann noch spät abends mit den Aufräumungsarbeiten, die auch morgens gegen 3 Uhr von Erfolg gekrönt waren. Glücklich konnten die Verschütteten unverletzt aus ihrer Gefangenschaft befreit werden.

Die mehr und mehr in Uebung kommende Stollentreibung hat für die Kollegen mindestens ebenso große Lebensgefahren wie das Arbeiten an der Felsenwand. Wir können unsre Brecher- und Hilfsarbeiterkollegen nur dringend ersuchen, bei dieser von Unternehmern neuerdings bevorzugten Stollentreibung, um durch Sprengung möglichst viel Gestein auf einmal niederzuholen, äußerste Vorsicht walten zu lassen. Von einem Kollegen wird uns dazu geschrieben: Die Stollentiefe richtet sich nach der Höhe des niederzulegenden Felsens und ist gewöhnlich ⅓ bis ½ der Höhe des Felsens. Um eine sichere Sprengung zu erzielen, wird der Stollen in gewisser Tiefe noch rechts und links in den Felsen getrieben; auf 1 Kubikmeter Gestein werden bis 0,4 Kilogramm Sprengstoff vom Fachmann gerechnet. Gelingen die Schüsse, kommt der Unternehmer auf seine Rechnung. Es ist aber auch schon vorgekommen, daß der Schuß zum Stollen herausfährt, und dann wehe dem, der im Wege steht. — Im Betrieb der BAG.-Linz auf dem Stöffel werden ebenfalls Stollen in den Felsen getrieben. Diese Stollen sind, angeblich wegen der Sprengwirkung so klein, daß nur ein Mann knieend darin arbeiten kann, dadurch hat sich die Gepflogenheit herausgebildet, daß nur ein Kollege für diese Arbeit bei jeder Schicht — dreiteilig — ist, der im Stollen arbeitet. Am 4. Januar war nun der Betreffende, der solche Schicht hatte, nachts 12 Uhr noch nicht zu Hause angelangt, obgleich seine Schicht längst beendet war. Verwandte, die sich auf die Suche machten, fanden dann den Kollegen tot im Stollen, und zwar in knieender Stellung, anscheinend damit beschäftigt, einen neuen Schuß zu laden. Der Arzt stellte zunächst Herzschlag fest. Durch genaue Untersuchung und sezieren wurde — Gasvergiftung festgestellt. Der Stollen war nur 8 Meter tief und trotzdem Gasbildung. Hoffentlich bleibt dieser Fall vereinzelt und die nähere Untersuchung schafft noch Klarheit. Auf alle Fälle mögen aber unsre Steinbruchsarbeiter diesen Vorgang im Gedächtnis behalten und die Gefahren bei dieser Art Steingewinnung nicht übersehen. Dieselbe Pflicht haben natürlich auch die Unternehmer und die verantwortlichen Bruchmeister und nicht zuletzt die technischen Beamten der Steinbruchsberufsgenossenschaft.

Die Bauhüttenbewegung. Der Verband Sozialer Baubetriebe wurde, wie aus der Zeitschrift für die Bauhüttenbewegung: „Soziale Bauwirtschaft", hervorgeht, am 16. September 1920 gegründet. Unter diesem Spitzenverband stehen 19 Bauhüttenbetriebsverbände, in denen 250 Bauhütten mit 20 500 beschäftigten Arbeitnehmern vereinigt sind. Diese Bauhütten haben bisher 14 000 Kleinwohnungen erstellt. Der Ausbau der Betriebe erfolgt nach zwei Richtungen: Es werden Baustoffindustrien angegliedert und die Betriebe werden allmählich darauf eingestellt, daß sie Hochbauten großen Stils und auch Beton- und Tiefbauarbeiten größeren Umfanges übernehmen können. Die angegliederten Baustoffbetriebe sind gegenwärtig: 8 Sägewerke, 5 Jurkoplattenwerke, 4 Ziegeleien, 1 Schieferbergwerk, 6 Sandgruben, 10 Steinbrüche, 5 Kunststeinwerke, 1 Holzbearbeitungsfabrik mit 23 Maschinen; auch wurden bei 20 Bauhütten Einrichtungen für die Uebernahme von Eisenbetonarbeiten, Tief- und Straßenbauten, in einem Falle auch für Gleisbauten geschaffen. — Die Bedeutung der sozialen Bauhüttenbewegung besteht nicht nur darin, daß sie sich große Verdienste um die Linderung der Wohnungsnot erworben hat. Vielmehr ist sie geeignet, dem gemeinwirtschaftlichen Gedanken in weitesten Kreisen Anhänger zu gewinnen. Die Bauhütten können billig arbeiten; sie verwerten die Ergebnisse der Wirtschaftsforschung und der wissenschaftlichen Betriebsführung. Auf der anderen Seite werden keine Gewinne verteilt, sondern der Ueberschuß wird entweder zur Verbesserung der Betriebe oder aber für soziale und kulturelle Fürsorge verwendet. Die soziale Fürsorge wird ausgeübt durch Lieferung von Arbeitskleidung, Krankenzuschüssen, längere Urlaubsgewährung und dergleichen. Die kulturelle Fürsorge erstreckt sich unter anderem darauf, daß an Gewerbeschulen Unterricht erteilt, Schulgeld und Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt, Literatur beschafft wird, Ausflüge und Vorträge veranstaltet werden. Auf den Bauplätzen werden Zeitschriften und Bücher aufgelegt, die auch unentgeltlich entliehen werden können.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Volle Mitgliedsbücher vom früheren Steinsetzerverband sind nicht einzusenden. Die Zahlstellenkassierer stellen dafür neue Mitgliedsbücher aus, genau wie bei vollen Interimskarten.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Hüsten (Ruhr). Steinhauer und Pflasterer, die Arbeitsangebote nach hier besitzen oder sich nach hier um Arbeit bemühen, wollen im eigenen Interesse vorher über die herrschenden Zustände im Arbeitsverhältnis sich erkundigen bei Steinhauer Hans Hopf, Steinwerke Hüsten, Kantine Muschede, Kreis Arnsberg in Westf.

Hiddesen. Der Kollege Edmund Happ wird ersucht, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen.

Kringell. Für unsern hilfsbedürftigen Kollegen Wilhelm Bildl wurden gespendet von Fürsteneck 10 Mk., Seußen 25 Mk., Marktleuchten 5 Mk., Niederlamitz 10 Mk., Groschlattengrün 10 Mark, Windisch-Eschenbach 5 Mk., Miltach 4.50 Mk. Im Namen des Kollegen den Zahlstellen Dank. Die Ortsverwaltung.

An die Zahlstellen des 4. Gaues. Die Gauleitung beruft hiermit eine Gaukonferenz auf Sonnabend, den 21., und Sonntag, den 22. Februar, nach dem Volkspark in Halle a. Saale, Burgstr., ein.

Am Sonnabend, dem 21. Februar, finden Konferenzen der einzelnen Berufsgruppen statt, in denen die Berufs- und Tariffragen der Branchen behandelt werden sollen. Beginn vormittags 10 Uhr.

Am Sonntag, dem 22. Februar, vormittags 9 Uhr, beginnt die gemeinsame Gaukonferenz; die vorläufige Tagesordnung hierzu lautet:

1. Gauberichte.
2. Der Verbandstag in Weimar. (Anträge hierzu.)
3. Organisation und Agitation.
4. Verschiedenes.

Anträge zur Gaukonferenz müssen bis zum 15. Februar an die Gauleitung Albert Schlegel, Halle a. Saale, Henriettenstr. 38, II, eingereicht sein.

Zahlstellen bis zu 50 Mitglieder entsenden einen Delegierten, auf je weitere 50 Mitglieder entfällt ein weiterer Delegierter, doch sollen von einer Zahlstelle nicht mehr denn 4 Delegierte entsandt werden. Die Kosten für Delegation tragen die Zahlstellen. — Wir ersuchen die Zahlstellen dringend, die zugesandten Fragebogen sofort an uns einzusenden, da die Frist hierfür längst verstrichen ist.

Die Gauleitung.

Adressenänderungen.

1. Gau NO. **Joachimstal.** Kass.: A. Scharlippe.
1. Gau NW. **Elmshorn.** Vors.: W. Friedrichs, Langelohe-Elmshorn, Steindamm 63. Kass.: Jens Grubert, Skulstr. 66.
1. Gau N. W.: **Wismar.** Vors. u. Kass.: Walter Miehle, Blieden-straße 5.
— **Kiel.** Vors.: Robert Millirnooski, Klotzstraße 8. — **Bremen.** Vors.: Karl Kaesebieter, Stefanie-Kirchhof 17.
2. Gau. **Guben.** Vors.: Hans Lody, Heimstättenring 28. Kass.: Fritz Gallas, Neißestr. 66. — **Grünberg** i. Schl. Vors. und Kass.: Wilhelm Tiel, Lawaldau 66. — **Trebnitz.** Vors. Herm. Seidel, Gartenstr. 3. Kass.: Fritz Mantke, Lindenstraße 7.
2. Gau: **Liegnitz.** Vors.: Paul Schreiber, Burgstraße 69.
3. Gau. **Ebersbach** i. Sa. Vors.: Gustav Stübner, Lessingstr. 567 I. — **Penig** i. Sa. Vors. und Kass.: Karl Frenzel, Lutherplatz 4, III.
3. Gau: **Annaberg.** Vors.: Hermann Heßmann, Ehrenfriedersdorf i. Erzgeb., Schützenstraße 38.
4. Gau. **Wölferbütt.** Kass.: Konrad Niebergall. — **Landwehrhagen,** Kr. Hann.-Minden. Vors. und Kass.: Heinrich Elsaser. — **Oberaula.** Vors. und Kass.: Heinrich Gießel. — **Lutter** a. Brbg. Vors.: Heinrich Blenk. Kass.: Ernst Beßmann, Ostlutter.
5. Gau. **Minden.** Vors.: Bernhard Detering, Königstr. 38. — **Kasbach.** Vors.: Joseph Sibertz. — **Köln.** 1. Vors.: Math. Kirfel, Sternengasse 71.
7. Gau. **Gefrees.** Vors.: Hans Peetz. — **Reinersreuth.** Vors.: Hans Wendler, Sparneck, Haus 61. Kass.: Christoph Zimmermann.
7. Gau: **Seußen.** Vors.: Johann Zeitler, Nr. 68. Kass.: Joseph Schenkel, Nr. 84.
8. Gau. **Rögling,** Post Tagmersheim, Schwaben. Vors.: Nikolaus Burtzler, Nr. 65. Kass.: Max Bieber. — **Freudenberg a. M.** Kass.: Anton Saalmüller.
9. Gau. **Homberg.** Vors.: Wilhelm Klapp, Ober-Ofleiden, Post Homburg.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Weltrundschau." Unter diesem Titel erscheint monatlich einmal ein neues, freigewerkschaftliches Arbeitnehmerorgan, das die Ereignisse des Monats auf weltpolitischem, weltwirtschaftlichem und sozialem Gebiet, insbesondere auch die Lage der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik in knappen Uebersichten schildert. Das Blatt, dessen Herausgeber Dr. A. Halasi, der Schriftleiter der Weltwirtschaftlichen Korrespondenz ist, bietet eine sehr nützliche Orientierung und kann warm empfohlen werden. Der Bezugspreis der „Weltrundschau" beträgt nur 50 Pfg. pro Monat. Bestellungen sind zu richten an die Adresse: „Weltrundschau, Heidelberg."

Leo Trotzki: 1917, Die Lehren der Revolution. Mit Vorwort von Dr. Paul Levi. Oktav, 80 Seiten. Preis steif kartoniert 1 Mk. E. Laubesche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30, Gleditschstraße 6.

Der entfesselte Moralist. Unser Frankfurter Gewerkschaftskollege Theodor Thomas hat zusammen mit Hans Bauer in Leipzig ein Bändchen Humoresken erscheinen lassen, das etwas wirklich Gediegenes genannt werden kann, gediegen nach zweierlei Richtung hin. Thomas, der selbst ein feiner Beobachter ist, gibt darin köstliche Proben seines Humors, um den ihn mancher beneiden könnte. Dazu kommt eine gute Beobachtungsgabe von Dingen, an denen andre Sterbliche vorbeigehen, weil sie nicht sehen, wo unser Freund eine Entdeckung macht.

Ihm reihen sich würdig an zwei andre Erzähler in diesem Büchlein, Hans Bauer und Hans Schipper. Beide stellen sich Thomas würdig an die Seite, allerdings mehr nach der satyrischen Seite hin, und bei ihnen kommt die Ironie mehr auf die Rechnung. Das Bändchen kann durch jede Parteibuchhandlung zum Preise von einer Mark bezogen werden. Wer es besitzt, wird eine fröhliche Stunde erleben, er wird auch bei Festlichkeiten leicht dazu kommen, aus dem Buche andern eine heitere Stunde zu bereiten. Man bestelle es bei der Parteibuchhandlung, oder direkt beim Verlag: Union-Druckerei Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.

Briefkasten.

Spremberg und Bernburg. Die Berichte waren wieder auf beide Papierseiten geschrieben. Lesen denn die Schriftführer den Steinarbeiter nicht? Erst in Nr. 1 dieses Jahres wurde für die örtlichen Federfuchser eine Anleitung gegeben. Bitte diese doch zu beachten!

Anzeigen

Zum sofortigen Eintritt suchen wir
einige Steinmetzen
auf Grabsteinarbeiten
für unseren Wiesaer Steinbruch.
Laußnitzer Granitwerke Wilhelm Pufe, Komm.-Ges. Königsbrück i. Sa.

1 Schärfschmied
und einige
Pflastersteinbossierer
finden dauernde Beschäftigung
Pflastersteinwerk Beck, Meißen. Steinweg 15.

Für Steinbruchunternehmen Thüringens per sofort einige geübte
Steinbossierer
bei gutem Lohn gesucht.
Schlafgelegenheit ist vorhanden. Angebote unter Chiffre **Z. 100** an die Schriftleitung des „Steinarbeiter".

2 Granit-Steinmetzen
auf Grabmalarbeit
1 Werkzeug-Schmied
in Dauerstellung gesucht.
Karl Boll, Friedberg i. H.

Tüchtiger
Granit-Steinmetz
sauberer Arbeiter, gesucht
C. Schäfer & Sohn Schwerin i. Mecklenburg

Kopfstein-Schläger
für sofort gesucht.
Reinh. Löhrke, Steinsetzmeister Wolgast in Pommern.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden

In **Alsenz** am 4. Januar der Sandsteinmetz Al. **Otto,** 53 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Dresden** am 7. Januar der Sandsteinmetz Herm. **Müller,** 53 Jahre alt. Lungentuberkulose.

In **Demitz-Thumitz** am 8. Januar der Granitsteinmetz Alois **Winter,** 46 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 9. Januar der Hilfsarbeiter Martin **Hübner,** 19 Jahre alt, Unfall

In **Häslich** i. Sa. am 11. Januar der Pflastersteinmacher M. Rich. **Schöne,** 34 Jahre alt, Leberkrebs.

In **Chemnitz** am 11 Januar der Schleifer Max **Sommer,** 40 Jahre alt, Magenkrebs.

In **Pirna** am 12. Januar der Brecher H. K. **Richter,** 43 Jahre alt, Kehlkopftuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung. Hermann Stebold Verlag von Ernst Winckler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.